

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 59 (1972)
Heft: 23: Staatsbürgerlicher Unterricht auf der Volksschulstufe. 1. Teil

Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

pen A, B und C den eidgenössisch anerkannten gleichgestellt worden. Zudem soll auf kommendes Frühjahr hin die Maturitätsabteilung der Handelsschule als Wirtschaftsgymnasium Typus E weitergeführt werden. Auf kantonaler Ebene werden die Möglichkeiten zur Dezentralisierung der ersten drei Klassen des Lehrerseminars geprüft; die Lehrerausbildung erfolgt vorläufig ausschließlich in Chur.

TI: Zuviel Geld für Schulbauten?

Für das Geld, das im Kanton Tessin zum Bau eines Gymnasiums ausgegeben werde, erstelle man in England deren sechs, meinte der sozialistische Abgeordnete Poma während der im Großen Rat abgehaltenen Debatte über die kantonale Bautätigkeit im Schulwesen. Die diskutierenden Großräte empfanden allgemein, vor «vollendete Tatsachen» gestellt worden zu sein. Angesichts der Notlage in diesem Sektor (der ständig steigenden Schülerzahl in den kommenden Jahren) habe man gar keine andere Wahl, als den immensen Kreditbegehren zuzustimmen.

Insgesamt 115,341 Millionen Franken sollen demnächst für den Bau von vier Gymnasien in Morbio Inferiore, Losone, Cannobio-Trevano, Savosa und das Berufsschulzentrum in Trevano ausgegeben werden (inklusive Erweiterung der Schule in Biasca, Landkauf in Losone und Subvention von 10 Millionen Franken für das Berufsschulzentrum). Doch das ist nur ungefähr ein Fünftel der für die nächsten zehn Jahre veranlagten Totalsumme ohne Berücksichtigung der Kostensteigerung) für Schulwesen. Zwar könne der Kubikmeterpreis von 240 Franken nicht als übersteigert bezeichnet werden, wohl aber die Summe, die pro Kopf der einzelnen Schüler verbaut werde (25000 Franken). Skeptisch zeigten sich die Großräte vor allem gegenüber den Projekten, mit welchen sich die Architekten «ein eigenes Denkmal» setzen, viel-

mehr Luxusbauten denn Schulhäuser bauen würden und ohne klare Vorschriften der Behörden geplant hätten. Wenn schon keine Alternativvorschläge, wie beispielsweise Bauten aus vorfabrizierten Elementen, präsentiert werden können – so wurde der Regierung empfohlen –, sei alles daranzusetzen, die Kosten durch Weglassen von Überflüssigem zu senken. Der Chef des Erziehungsdepartementes, Sadis, erklärte denn auch in seiner Antwort, daß es sich keinesfalls um «Größenwahn» handle. Es sei sozusagen Zufall, daß so viele Projekte auf einmal genehmigt werden müssen. Im übrigen werde man mit den Architekten Kriterien finden, um da und dort etwas einzusparen.

GE: Mittelschüler reiten Attacke

In einem offenen Brief und in einer Petition, die von mehr als 1500 Mittelschülern und «einigen Dutzend» Lehrern unterzeichnet wurde, ist der Erziehungsdirektor von Genf, André Chavanne, aufgefordert worden, einen neuen Artikel aus dem Mittelschulreglement wieder aufzuheben. Dieser hält fest, daß Repetenten vom Unterricht ausgeschlossen werden sollen, falls ihr Notendurchschnitt nach dem ersten Trimester den Anforderungen nicht genügt.

Das Protestschreiben hebt insbesondere den Umstand hervor, daß die abgewiesenen Mittelschüler mitten im Jahr in keine andere Schule eintreten könnten oder daß sie bis zum Antritt einer Lehre mehrere Monate warten müßten.

Der offene Brief wurde gleichzeitig an die Rektorate der Mittelschulen versandt, und sein Inhalt wurde in Form von Flugblättern allen Mittelschülern der Stadt bekanntgemacht. Wie von der Erziehungsdirektion bekannt wurde, hatte Erziehungsdirektor André Chavanne infolge Abwesenheit noch nicht zum offenen Brief und zur Petition Stellung nehmen können.

Umschau

Die EDK hält am Schulkonkordat fest

Am 2./3. November tagte in Aarau die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren unter dem Präsidium von Ständerat Dr. Hans Hürlimann, Zug. Bundesrat Hans Peter Tschudi nahm mit seinen engsten Mitarbeitern an den Verhandlungen teil. Als Beobachter der Lehrerschaft war der Zentralsekretär der Konferenz schweizerischer Lehrerorganisationen (KOS-LO) zugegen.

Im ersten Teil der Tagung kamen nebst den administrativen Geschäften (Jahresbericht, Rech-

nung usw.) zwei wichtige Traktanden zur Sprache: das Schulkonkordat wurde als der gangbarste Weg zur Schulkoordination einstimmig bestätigt; der Vorstand wurde erweitert und neu gewählt.

Hinsichtlich der Verwirklichung des Schulkonkordats beschloß die Konferenz, eine Sondertagung für jene Kantone durchzuführen, die dem Konkordat noch nicht beigetreten sind oder Schwierigkeiten begegnen beim Vollzug seiner Bestimmungen. Heute gehören 19 Kantone dem Konkordat an; 12 haben alle Verpflichtungen verwirklicht oder stehen im Begriffe es zu tun, insbesondere was die Verschiebung des Schuljahresbeginns betrifft. Bald sind es 13 Stände. Eine Bundeslösung in diesem letzteren Punkt könnte nicht der Ausweg sein: nur der freiwillige Beschluß aller

Kantone wird die Schulkoordination von unten herauf bringen. Die Kantone haben sich heute zu entscheiden, ob sie die Koordination mit allen ihren Konsequenzen wollen; wenn ja, dann zeigt das Konkordat den Weg. Daß es sie Opfer kostet, ist unausweichlich. Die Schicksalskantone Zürich und Bern müssen sich ihrer Verantwortung bewußt sein. Regionale Solidarität darf auf die Dauer diesen Kantonen das Ausscheren nicht erleichtern. Dabei steht fest, daß die Verantwortung für die heutige Situation weder bei den kantonalen Erziehungsdirektionen noch den kantonalen Parlamenten liegt. Niemand wird andererseits in Abrede stellen, daß das Konkordat bereits zu Fortschritten geführt hat: Verlängerung der Schulpflicht, Ausbau der Oberstufen, intensivierte interkantonale Zusammenarbeit.

Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Ständerat H. Hürlimann, Zug, Präsident; Regierungsräte R. Broger, Appenzell IR und A. Wyser, Solothurn (alle bisher). Neu gewählt wurden die Herren Staatsräte F. Jeanneret, Neuenburg und A. Zufferey, Wallis, Regierungsrat A. Gilgen, Zürich und Regierungsrat L. Lejeune, Basel-Land.

Im zweiten Teil der Tagung diskutierte die Konferenz grundsätzliche Empfehlungen betreffend die Mädchenbildung und die Schulung von Gastarbeiterkindern. Die Erziehungsdirektoren nahmen ferner Stellung in bezug auf die Grundsätze einer neuen Stipendien- und Studienförderungs politik. Aufgrund der Ergebnisse der Diskussion und der Vernehmlassung in den Regionen wird der Vorstand dem Eidgenössischen Departement des Innern zuhanden der Revision des eidgenössischen Stipendiengesetzes diese Stellungnahme der Konferenz unterbreiten.

Der dritte Teil der Verhandlungen hatte vorwiegend informativen Charakter. Zunächst orientierte der Präsident des Schweiz. Wissenschaftsrates, Prof. Dr. Karl Schmid, über die Aufgaben und Arbeiten des Rates insbesondere im Hinblick auf die Ausarbeitung einer neuen Hochschulgesetzgebung. Zum selben Thema ergriff sodann Staatsrat F. Jeanneret das Wort, in seiner Eigenschaft als Präsident der Schweizerischen Hochschulkonferenz, wie als Vorsteher des Erziehungsdepartements eines Universitätskantons. Im Anschluß daran informierte Bundesrat Tschudi über die Revision der Hochschulgesetzgebung aus der Sicht seines Departementes und der von ihm eingesetzten Arbeitsgruppe.

Des weitern wurde der Konferenz der Bericht ihrer Expertenkommission zum Studium der Mittelschule von morgen vorgestellt. Der Leiter der Weiterbildungsstelle für Mittelschullehrer in Luzern und Präsident dieser Expertenkommission, Direktor Fritz Egger, erhellte die wichtigsten Aspekte der vorgeschlagenen Mittelschulreform. Prof. E. Egger, Konferenzsekretär, wies auf einige bedeutende politische und administrative Voraus-

setzungen zu ihrer Verwirklichung hin. Die Erziehungsdirektoren nahmen von dieser Vorarbeit Kenntnis; sie beschlossen, den Bericht zu publizieren und eine Vernehmlassung in die Wege zu leiten. Aufgrund dieser Meinungsbildung soll entschieden werden, ob und welche Thesen zu einer schweizerischen Mittelschulreform von der Konferenz erarbeitet und an die zuständigen Instanzen weitergeleitet werden könnten.

Die Konferenz war Gast des Kantons Aargau. Die Tagung fand im festlichen Rahmen auf Schloß Lenzburg mit einem besonderen Dank an den Erziehungsdirektor des Kantons Aargau, Regierungsrat Dr. Arthur Schmid, ihren Abschluß.

Genf, 10. November 1972

Sekretariat EDK

Erziehungsdirektoren-Konferenz wider das Volk

Stellungnahme der Aktion Demokratische Schulpolitik und für die Rechte des Kindes

Den Presseberichten über die kürzliche Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK) in Lenzburg ist zu entnehmen, daß an der Einführung des Herbstschulbeginns einstimmig weiter festgehalten wird. Mit Befremden nehmen wir diese Mitteilung zur Kenntnis. Die EDK ist demnach nicht bereit, den eindeutig bekundeten Willen des deutschschweizerischen Volkes, beim Frühjahrsschulbeginn zu bleiben, zu akzeptieren.

Wir verlangen aber, da in der Schweiz das Volk souverän ist, daß die Behörden sich loyal einem Entscheid des Volkes fügen.

Das Ergebnis der Abstimmungen vom 4. Juni 1972 hat nicht, wie behauptet wird, ein Chaos herbeigeführt, sondern die längst schon bestehende Koordination des Schuljahresbeginns in der deutschen Schweiz (mit Ausnahme der freiwillig aus dieser Koordination ausgetretenen Innerschweiz) gesichert.

Das Konkordat hat sich, wenn es glaubwürdig bleiben soll, den Tatsachen anzupassen. Auch jeder Versuch, den Herbstschulbeginn auf Bundesebene durchzusetzen, wird demselben Widerstand begegnen wie der Versuch von seiten der EDK.

Aktion Demokratische Schulpolitik
und für die Rechte des Kindes
und die kantonalen deutschschweizerischen Aktionskomitees für den Frühlingsschulbeginn

Frage: Besteht das deutschschweizerische Volk nur aus Zürichern und Bernern? (CH)

Neue Lehrmittel für Verkehrsunterricht

An einer in Bern abgehaltenen Pressekonferenz stellt die Schweizerische Konferenz für Sicherheit im Straßenverkehr (SKS) neue Lehrmittel für den Verkehrsunterricht vor. Diese sollen eine wertvolle Grundlage für einen pädagogisch und methodisch-didaktisch einwandfreien Unterricht bilden. Die erste Ausgabe geht an die Schulen der deutschsprachigen Kantone. Sie ist für Erst-

und Zweitkläßler bestimmt. Auch wenn es bisher weder am guten Willen noch an Bemühungen der Förderung der Verkehrserziehung gefehlt hat, so zeigte es sich immer deutlicher, daß Einzelaktionen von Behörden und Verbänden die Verkehrserziehung nicht im gewünschten Ausmaß zu fördern imstande sind. Deshalb hat die SKS im Herbst 1969 den Fachausschuß «Verkehrserziehung» ins Leben gerufen und diesem den Auftrag erteilt, nicht nur ein Optimum an Koordination herbeizuführen, sondern auch allgemeinverwendbare Lehrmittel zu schaffen.

Heute liegen nun eine ansprechend illustrierte Verkehrsfibel für die Unterstufe und das dazugehörige Lehrerheft mit einem klaren systematischen Aufbau vor. Bei der Verkehrsfibel und dem Lehrerheft, deren Kosten für die Erstauflage vom Fonds für Unfallverhütung im Straßenverkehr vollumfänglich übernommen wurden, handelt es sich um das erste von sechs Verkehrslehrmitteln, die den Schulen aller Stufen von der SKS sukzessive zur Verfügung gestellt werden. Die erstmalige Gratisabgabe ist als Starthilfe gedacht. Es wird Aufgabe der Kantonalen Erziehungsdirektionen sein, die für Verkehrslehrmittel erforderlichen Beträge künftighin in ihre Budgets aufzunehmen, sind doch Verkehrserziehung und Verkehrsunterricht aus den Lehrplänen moderner Erziehungsanstalten überhaupt nicht mehr wegzudenken.

Grundsätze zur Schulung der Gastarbeiterkinder

Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren fordert die Kantone auf, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um jede Diskriminierung von Gastarbeiterkindern in der Schule zu vermeiden und diesen womöglich dieselben Aufstiegschancen zu eröffnen wie den Schweizer Kindern.

Dabei geht sie von der Überzeugung aus, daß alles getan werden müsse, um die Kinder von Gastarbeitern in den öffentlichen Schulen zu integrieren, ohne daß ihnen daraus Nachteile entstehen.

Sie empfiehlt deshalb den Kantonen

- die Integration im Vorschulalter zu fördern;
- den Eintritt in die öffentlichen Schulen durch geeignete Maßnahmen (Sprachklassen, Sprachkurse usw.) zu erleichtern;
- die Promovierung nicht zu stark von den Leistungen in der Unterrichtssprache abhängig zu machen;
- die außerschulische Betreuung und Aufgabenhilfe zu fördern.

Die Konferenz hat auch Verständnis dafür, daß die Eltern der Kinder und die ausländischen Behörden, insbesondere im Hinblick auf eine allfällige Rückkehr ins Ursprungsland, Maßnahmen zur Verhinderung einer Entwurzelung zu treffen wünschen. Sie erachtet es nicht als die Aufgabe der Kantone, die entsprechenden Vorkehrungen

selbst an die Hand zu nehmen, lädt jene aber ein, den Organisatoren jede Erleichterung und womöglich Mithilfe in dieser Beziehung zu gewähren.

Sie empfiehlt den Kantonen

- Zusatzunterricht in heimatlicher Sprache und Kultur nicht unter 2 Stunden wöchentlich innerhalb des obligatorischen Schulprogramms zu gestatten;
- den Abgangszeugnissen einen Ausweis über den Besuch dieser Kurse beizulegen;
- Rückkehrern den Besuch von privaten Ausländerschulen während einer bestimmten Frist zu erlauben.

Um Spannungen und Mißverständnisse zu vermeiden drängt es sich auf, Informationsdienste für Konsulate, Eltern und Schüler auszubauen.

Grundsätze zur Mädchenbildung

Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) fordert die Kantone auf, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um jede Diskriminierung der Mädchen im Bildungswesen zu verhindern und vor allem Knaben und Mädchen dieselben Aufstiegschancen in höhere Schulen zu bieten.

Zu diesem Zweck empfiehlt sie

- Knaben- und Mädchenhandarbeit möglichst in gleichem Ausmaß zu entwickeln;
- in Stundenplänen und Stoffprogrammen darauf zu achten, daß Mädchenhandarbeit und Hauswirtschaftsunterricht nicht auf Kosten der Promotionsfächer erteilt werden;
- auf der Oberstufe über Wahl- und Freifächer Differenzierungsmöglichkeiten zu schaffen. Dabei könnten für die einen Mädchenhandarbeit und Hauswirtschaft ausgebaut, für die andern zusätzlicher Unterricht in Fächern wie Geometrie, Fremdsprachen usw. angeboten werden.

Die EDK empfiehlt ferner den Regionalkonferenzen, diese Fragen in Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft zu studieren und womöglich gemeinsame Lösungen anzustreben.

Im übrigen weist sie auf den Schlußbericht der Kommission für Mädchenbildung hin, der zwar nicht als bindend, wohl aber als begleitend betrachtet werden kann.

Gehaltsanreiz in Polen

Die polnischen Lehrer sollen eine Zusicherung vollkommener Arbeitsstabilität bekommen, und es sollen Anreize zur Erhöhung der Qualifikation und der Erfolge in der didaktisch-erzieherischen Arbeit geschaffen werden. Dies erklärte auf der Tagung der polnischen Schulinspektoren Premierminister Piotr Jaroszewicz. Der Ministerpräsident verlangte aber gleichzeitig die Erhöhung des Arbeitsniveaus im gesamten Schulwesen. Dies soll auch durch eine Organisationsreform, die in den nächsten Jahren durchgeführt wird, erreicht werden.